

1659/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Grabner, Dr. Stippel und Genossen haben am 11.12. 1996 unter der Nr. 1614/J eine schriftliche parlamentariache Anfrage betreffend illegale Weitergabe von Meldezetteln an die FPÖ in Wiener Neustadt an meinen Amtsvorgänger gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

"1 . Sind Sie bereit, bei der Bundespolzeidirektion Wr. Neustadt Untersuchungen anzustellen, ob die Meldezettel von dort an die FPÖ weitergegeben wurden?

2 . Für den Fall, daß ein Mißbrauch bestätigt würde, welche Maßnahmen gedenken Sie dann zu ergreifen?

3 . Halten Sie die Vorgangsweise des Herrn LAbg. Wolfgang Haberler als im Einklang mit den Bestimmungen des Datenschutzes ?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Nach Anzeige des Sachverhaltes an die staatsanwaltschaft Wiener Neustadt wurde von dieser mit zahl 2 UT 2634/96 die Außenstelle der Kriminalabteilung des LGK Niederösterreich in Wiener Neustadt mit Erhebungen gegen unbekannte Täter beauftragt. Die Amtshandlung wurde in weiterer Folge der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich übergeben.

Die von der Abteilung 1 der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich geführten Erhebungen verliefen ergebnislos. Da danach auch keine weiteren Aufträge der zuständigen Staatsanwaltschaft in gegenständlicher Angelegenheit ergingen, wurde der betreffende Erhebungsakt am 8.1.1997 von der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt vorgelegt.

Zu Frage 3:

Diesbezüglich verweise ich auf die in der Angelegenheit gegebene Gerichtsanhängigkeit .